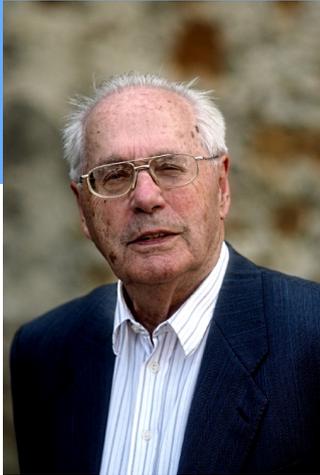


Keupers

kritischer

Kommentar



08-01-2017

August 2017

Die „linke Wende“ der Angela Merkel.

„Frau Merkel hat die CDU nach links verschoben, oder sogar die Mitte nach links verschoben“, so Herfried Münkler in einem Interview, am 19.11.2016, im „Deutschlandradio Kultur“, zu dem Thema: „Große Teile des Volkes sind (politisch) dumm“.

An dieser Aussage ist manches als richtig einzustufen. Gemessen an der früheren Grundeinstellung der CDU, wie sie unter Helmut Kohl noch existierte, als streng (wirtschaftlich-) konservativ, hat sich die aktuelle Politikrichtung der CDU unter Führung von Frau Merkel, in bestimmten Bereichen etwas nach „links“ geöffnet. Angesichts der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen, wurden pragmatisch einige „ideologische Positionen“ gelockert, die ohnehin nicht mehr zu halten gewesen wären, ohne die „liberal-konservative“ Stammwählerschaft zu vergrätzen. Diese propagandistisch herausgestellten „sozialen Öffnungen“, berücksichtigen aber immer die „besonderen Interessen der Wirtschaft“, und verhindern deren zusätzliche Belastungen, wie es sich gerade in der Umsetzung der Energiewende zeigt, deren Kosten die Privaten belasten, während die wirtschaftlichen Hauptakteure jedoch, von einer anteiligen Kostenübernahme verschont wurden.

Um so wichtiger ist es in Wahlkampfzeiten die Wählerinnen und Wähler darauf hinzuweisen, dass dieses harmonische Deutschlandbild der „sozialen“ Politik dieser Bundeskanzlerin, welches sie und die CDU/CSU, aber auch die Mainstreammedien immer wieder versuchen, unter dem Motto: „Deutschland, den Deutschen geht es so gut, wie nie zuvor“, uns einzutrichern, etwas Realeres entgegenzusetzen. Denn in Wahrheit prägt neoliberales Denken und Handeln unserer aller Bundeskanzlerin. Die Regeln des Neoliberalismus, dass der Markt das Handeln der Politik vorgibt, dass der Staat möglichst sich nicht einmischen sollte, hinsichtlich sozialer Ungleichheiten, sozialer Ungerechtigkeiten, da der freie Markt doch alles regeln wird. Denn der Wohlstand der Reichen wird (etwas später) auch den weniger Reichen und den Ärmern zugute kommen, „da die Flut bekanntlich alle Boote heben wird“.

„Marktkonforme Demokratie“ ist das Ziel der Kanzlerin.

Hinter der Legende, unter Angela Merkel habe sich ihre Partei „sozialisiert“ und habe das Land nach „links“ gerückt, wird konsequent weiterhin eine „marktkonservative“ Politik umgesetzt. Und die Frau Merkel steht seit etwa 12 Jahren für diese Politik einer „marktkonformer Demokratie“ und mangelhafter sozialer Unterstützung für die Menschen. Wenn in der letzten Legislaturperiode einige sozialwirksame Gesetzesänderungen oder Verordnungen im Bundestag beschlossen wurden, wie die Einführung des (nichtausreichenden) Mindestlohns, wie die Rente mit 63, wie Verbesserungen beim Kinderbet-

reueungsgeld, oder die Befristung bei der Arbeitnehmerüberlassung, dann entsprachen diese nicht unbedingt der politischen Grundauffassungen der Kanzlerin und ihrer CDU, sondern waren dem abgeschlossenen Koalitionsvertrag mit der SPD geschuldet, und oft den Aktivitäten der sozialdemokratischen Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles. Der mediale Widerstand, insbesondere der der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände aber auch bestimmter CDU-Größen zeigten, dass diesen linken Elementen einer sozialen Politik, von den Konservativen nur widerwillig zugestimmt wurde

Die grundlegende Politik einer sozialen Entsicherung in der Amtszeit von Angela Merkel spiegelt sich unter anderem, in der, für einen reichen Land wie die Bundesrepublik Deutschland, erschreckenden Armutsquote von knapp 16 Prozent wieder. Aber auch für viele Menschen, die sich (noch) zur bürgerlichen Mittelschicht zählen, birgt die „Sozialpolitik“ von Angela Merkel und ihrer CDU, insbesondere wenn die Sozialdemokraten ggf. nach der Wahl, wie bisher als korrelativer Faktor ausfallen, ein gewisses Risiko hinsichtlich der zukünftigen Lebensgestaltung, schlechter werdende Absicherung im Rentenalter und wachsender Angst vor dem Absturz in die Armut.

Mit Martin Schulz für mehr Gerechtigkeit.

Martin Schulz hat diese Entwicklungen und Stimmungen nicht nur richtig erkannt, sondern in seiner Forderung nach mehr Gerechtigkeit für die hart arbeitenden Menschen entsprechend Rechnung getragen. Wenn auch aus neoliberalen Kreisen und in den Medien aus (mutwilligen) anderen Anlässen, andere Themen für die Wahl in den Vordergrund gerückt werden, die (politische) Zukunft wird es zeigen, dass mangelnde soziale Gerechtigkeit, die Entwicklung unseres Landes, unserer Zivilgesellschaft wesentlich verformen und verändern wird. Denn es ist bekannt, dass das neoliberale Denken und Handeln unser gesellschaftliches Miteinander, ja, selbst unsere freiheitliche Demokratie negativ beeinflussen wird. Wer sich für das gesellschaftliche Wohl, wie für eine funktionstüchtige Demokratie engagieren will, muss sich mit Martin Schulz für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen. Für mehr soziale Politik, gegen den eigentlich schon längst widerlegten Neoliberalismus, und damit gegen die Politik von Angela Merkel.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 5. August 2017

Heinrich Keuper